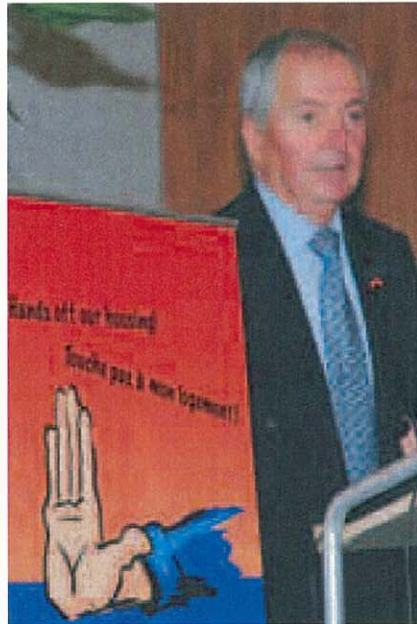


Ökonomisch, sozial, ökologisch

Im September 2007 waren 90 Delegierte der nationalen Mieterverbände aus 25 Nationen in Berlin zusammengelassen.

Der Präsident des Deutschen Mieterbundes, Dr. Franz-Georg Rips, forderte Schutzmaßnahmen gegen Immobilienjongleure und Renditejäger. „Wohnungen sind Wirtschaftsgüter, sie sind aber in gleicher Weise Sozialgüter, weil sie für die Menschen einen Lebensmittelpunkt darstellen, der geschützt und sicher sein muss. Wir sind gegen das Durchhandeln von Wohnungen und gegen den Missbrauch von Wohnungen als bloße Finanzanlageprodukte.“ Von 1999 bis heute sind rund 1,8 Millionen Wohnungen in Deutschland in großen Paketen verkauft worden. Etwa die Hälfte davon entfallen auf internationale Großvererber. Vor dem Hintergrund der US-Immobilienkrise kritisierte Rips die unverantwortliche Tätigkeit der Hypothekenbanken im angloamerikanischen Raum. Verbraucher dürften beim Kauf von Immobilien oder bei der Anmietung nicht in Finanzverpflichtungen getrieben werden, die sie dauerhaft nicht erfüllen können. Der Mieterbund forderte in diesem Zusammenhang, dass eine Abtretung von Immobilienkrediten an einen neuen Gläubiger durch die finanzierende Bank nur mit vorheriger Zustimmung der betroffenen Schuldner möglich sein solle.

Der Präsident der International Union of Tenants, Sven Carlsson, lenkte die Aufmerksamkeit auf die Folgen ungehemmter Privatisierungen, die zu steigenden Wohnkosten und mangelndem Mieterschutz führen: In Stockholm stehen 100 000 öffentliche Wohnungen zum Verkauf. In den Niederlanden strebt die Regierung eine Eigentümerquote von 65 Prozent an, 700 000 Mietwohnungen sollen bis 2010 verkauft wer-



Mit einem Appell für eine nachhaltige Wohnungspolitik und einer Warnung vor den Folgen des Ausverkaufs der öffentlichen Wohnungen wandte sich die Internationale Mieterallianz (IUT) auf ihrem 17. Weltkongress an die Öffentlichkeit



Einer der Hauptredner der öffentlichen Kundgebung: Prof. Klaus Töpfer (Foto oben) sowie ein Blick ins Plenum der 90 Delegierten aus 25 Nationen, die sich in Berlin trafen

den. In England hat die massive Privatisierungswelle der öffentlichen Wohnungen in den 80er Jahren bereits zu einer Eigentumsquote von 70 Prozent geführt. In den meisten EU-Ländern ist es etablierte Politik, das Wohneigentum zu fördern. Diese Politik ist verfehlt und alles andere als nachhaltig. Auf europäischer Ebene müssen jetzt die politischen Weichenstellungen für eine gleichberechtigte Förderung des Wohnens zur Miete, in Genossenschaften und im Eigentum erfolgen. Auf der öffentlichen Kundgebung, an der als Hauptredner Prof. Klaus Töpfer und die Berliner Senatorin für Stadtentwicklung, Ingeborg Junge-Reyer, auftraten, richtete Rips einen Appell an Vermieter und Politik für eine konsequent nachhaltige Wohnungswirtschaft und Politik: „Gerade im Wohnungswesen muss der Gedanke der Nachhaltigkeit in seiner dreidimensionalen Bedeutung, also Herstellung einer Balance zwischen ökonomischen, sozialen und ökologischen Interessen, realisiert werden.“

Die International Union of Tenants ist eine Organisation, die sich weltweit für die Stärkung der Mieterrechte einsetzt. Der IUT gehören 54 Mieterorganisationen aus 44 Staaten an. Die IUT hat beratenden Status beim UN Wirtschafts- und Sozialrat und beim UN Habitat Programm. Sie nimmt an der Arbeit des Europarates in Straßburg teil. Hauptsitz der IUT ist Stockholm. Als Präsident für die Wahlzeit bis 2010 wurde der Schwede Sven Carlsson wieder gewählt.

Ab 2008 wird die IUT gemeinsam mit dem Deutschen Mieterbund in Brüssel vertreten sein. Als Leiterin des EU-Verbindungsbüros wurde Barbara Litke auf dem IUT-Kongress gewählt. Die 39-jährige Politologin arbeitet seit 2001 als Referentin beim Deutschen Mieterbund in Berlin. Mehr Informationen: www.iut.nu.